



Rechtsanwaltskammer Burgenland
„Versorgungseinrichtung Teil B“
Marktstraße 3
7000 Eisenstadt

1. Versorgungseinrichtung Teil B – Antrag auf Beitragsbefreiung oder Ermäßigung des Beitrages für das Jahr 2021

Der Beitrag zur persönlichen Altersvorsorge beträgt für das Jahr 2021 **EUR 8.460,00** p.a.

Ich, _____, R/J _____, eingetragen
seit _____, beantrage¹

Befreiung wegen anderer gesetzlich geregelter Altersvorsorge:

- eine **Befreiung**, da ich verpflichtend einer gesetzlich geregelten Altersvorsorgeeinrichtung im In- oder Ausland angehöre.

Ein solcher Antrag ist **bis 31. Jänner 2021**, im Falle der **Eintragung innerhalb von zwei Monaten** ab dem Tag der Eintragung, zu stellen. Dem Antrag ist als Nachweis eine aktuelle Versicherungsbestätigung der gesetzlich geregelten Altersvorsorgeeinrichtung* beizulegen. Die Befreiung gilt jeweils nur für ein Kalenderjahr und wäre gegebenenfalls im nächsten Jahr ein neuerlicher Befreiungsantrag zu stellen!

Hinweis: Wenn zum Zeitpunkt des Eintritts der Berufsunfähigkeit oder zum Zeitpunkt der Antragstellung eine Beitragsbefreiung nach § 9 der Satzung Teil B 2018 in Anspruch genommen worden ist, besteht **kein Anspruch auf Berufsunfähigkeitsrente** (Vgl. § 23 Abs 1 Zi 7 Satzung Teil B 2018).

Ermäßigung wegen Einkommen:

- für das Jahr 2021 eine Ermäßigung des Beitrages auf mindestens **20 %** des ordentlichen Beitrages, das sind **EUR 1.692,00**, da mein jährlicher Einnahmenüberschuss oder Gewinn aus rechtsanwaltlicher Tätigkeit vor Ertragsteuern oder das jährliche Bruttogehalt **EUR 26.182,50** oder weniger beträgt.
- für das Jahr 2021 eine Ermäßigung des Beitrages auf mindestens **40 %** des ordentlichen Beitrages, das sind **EUR 3.384,00**, da mein jährlicher Einnahmenüberschuss oder Gewinn aus rechtsanwaltlicher Tätigkeit vor Ertragsteuern oder das jährliche Bruttogehalt **EUR 52.364,80** oder weniger beträgt.
- für das Jahr 2021 eine Ermäßigung des Beitrages auf mindestens **60 %** des ordentlichen Beitrages, das sind **EUR 5.076,00**, da mein jährlicher Einnahmenüberschuss oder Gewinn aus rechtsanwaltlicher Tätigkeit vor Ertragsteuern oder das jährliche Bruttogehalt **EUR 78.547,30** oder weniger beträgt.

Der Antrag ist unter gleichzeitiger Vorlage des Einkommensteuerbescheides* des vorletzten Kalenderjahres (2019) bzw. einer Gehaltsbestätigung* für das Vorjahr **bis 30.06.2021** für das laufende Kalenderjahr zu stellen. Die Ermäßigung gilt jeweils nur für ein Kalenderjahr und wäre gegebenenfalls im nächsten Jahr ein neuerlicher Ermäßigungsantrag zu stellen!

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass bei einer **Inanspruchnahme der Ermäßigungsbestimmungen** zwar der einzuzahlende Beitrag reduziert wird, aber nicht im selben Verhältnis der Risikobeitrag (Berufsunfähigkeitsschutz, Hinterbliebenenversorgung). Deshalb kann es zu einem **geringeren bzw. keinem Sparbeitrag** für die Alterspension kommen.

¹ Zutreffendes bitte ankreuzen

2. Erklärung bei Ersteintragung

Der Beitrag zur persönlichen Altersvorsorge beträgt für das Jahr 2021 **EUR 8.460,00** p.a.

Ich, _____, R/J _____, eingetragen
seit _____, **erkläre²**

- **für die ersten 12 Kalendermonate** nach Ersteintragung eine Ermäßigung des Beitrages auf mindestens 20 % des in der Umlagenordnung festgesetzten Beitrags in Anspruch zu nehmen. Die Erklärung ist innerhalb von zwei Monaten nach Ersteintragung abzugeben.
- **für die ersten 24 Kalendermonate** nach der Ersteintragung eine Ermäßigung des Beitrages auf mindestens 20 % des ordentlichen Beitrages in Anspruch zu nehmen. Die Erklärung ist innerhalb von zwei Monaten nach Ersteintragung abzugeben.
- **für die folgenden 12 Kalendermonate** nach Ablauf der ersten 12 Kalendermonate nach Ersteintragung eine Ermäßigung des Beitrages auf mindestens 20% des ordentlichen Beitrags in Anspruch zu nehmen. Die Erklärung ist spätestens vor Ablauf der Ermäßigung für die ersten 12 Kalendermonate abzugeben.

Der in der Umlagenordnung festgesetzte, auf mindestens 20 % des ordentlichen Beitrags ermäßigte Beitrag, beträgt 2021 EUR 1.692,00.

Hinweis: Nach Ablauf der Ermäßigung nach Ersteintragung kann ein Antrag wegen Einkommens gestellt werden. Dieser ist bis 30.06. des jeweiligen Kalenderjahres zu stellen.

Mit vorzüglicher kollegialer Hochachtung

Ort, Datum

Unterschrift/Kanzleistampiglie

* Beilagen:

² Zutreffendes bitte ankreuzen